PROKLA 225 | 56. Jahrgang | Nr. 4 | Dezember 2026 | S. 564-574
https://doi.org/10.32387/prokla.v56i225.2276

Ulrich Brand • Anne Engelhardt • John Kannankulam • Philipp Köncke • Alexander Maschke • Armin Puller • Jens Wissel *

Editorial: Materialistisch forschen in Zeiten globaler Umbrüche

Materialistische Gesellschaftsforschung ist heute mit einer doppelten Herausforderung konfrontiert: Sie muss sich analytisch der Komplexität des Zusammenspiels der gegenwärtigen geopolitischen Spannungen, geoökonomischen Konfrontationen, sozioökonomischen und ökologischen Krisendynamiken sowie der zunehmenden Autoritarisierung auch in den kapitalistischen Zentren stellen. Dazu kommen Politiken des Krisenmanagements, die diese Dynamiken verschärfen und vertiefen. Um einer emanzipatorischen Perspektive zur Überwindung der multiplen Krise Orientierung geben zu können, muss materialistische Gesellschaftsforschung transformative Potenziale benennen und dabei die Grundlagen, Formen und Effekte der aktuellen Konstellation analysieren. Zudem muss sie ihre eigenen theoretischen Voraussetzungen, sich wandelnde gesellschaftliche Bedingungen und ihre praktischen Arbeitsbedingungen verstehen. Das heißt, in Zeiten von universitärer Unterfinanzierung, wachsender Wissenschaftsskepsis, autoritären und rechten Angriffen auf das akademische Feld und insbesondere auf kritische Wissenschaft muss sie Handlungsräume herstellen, schützen und ausbauen. Während die Auseinandersetzung mit der ersten Herausforderung als Kerngeschäft der PROKLA gesehen werden kann, wofür zahlreiche Hefte der Vergangenheit stehen, widmen wir uns in dem vorliegenden Heft der zweiten Herausforderung: Was machen kritische Wissenschaftler*innen, wenn sie

* **Ulrich Brand** ist Professor für Internationale Politik an der Universität Wien. | **Anne Engelhardt** ist Postdoc an der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld und arbeitet in der Forschungsgruppe »Internationale Beziehungen und Politische Ökonomie«. Sie ist Redaktionsmitglied der PROKLA. | **John Kannankulam** ist Professor für Politische Ökonomie an der Universität Marburg. | **Philipp Köncke** ist Postdoc am Sonderforschungsbereich »Strukturwandel des Eigentums« an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Er ist Redakteur der PROKLA. | **Alexander Maschke** ist Redakteur der PROKLA. | **Armin Puller** ist Senior Lecturer für Grundlagen der Politikwissenschaft an der Universität Wien. | **Jens Wissel** ist Professor für Sozialpolitik an der Frankfurt University of Applied Sciences.

– insbesondere unter diesen konjunkturellen Bedingungen – materialistisch forschen?

Diese Frage verweist im Kern auf das Problem der Bestimmung des Materialismus, die heute schwieriger ist denn je. Für Friedrich Engels war der Materialismus der Schlüssel, wie der Sozialismus als Wissenschaft funktionieren könne (MEW 19: 209). Materialismus galt ihm als Grundlage für eine Geschichtsauffassung, mit der wissenschaftlich über die Gesellschaft und ihre Lage, Beschaffenheit und Dynamik geurteilt werden könne, worauf sich transformative politische Praxis stützen müsse. Diese Aussage kann so verstanden werden, dass kritische Wissenschaft notwendigerweise materialistisch ist. Dafür steht auch seine Ansicht, dass der Materialismus eines der beiden großen Lager der Philosophie bildet (MEW 21: 275) und der Gegenpol des Idealismus die herrschende Ideologie repräsentiert. Zugleich ist aber nicht jeder Materialismus notwendigerweise wissenschaftlich: Die *Thesen über Feuerbach* von Karl Marx (MEW 3: 5ff.) lassen sich so verstehen, dass es einen historischen und damit kritischen und sozialistischen Materialismus gibt, der wissenschaftlich ist, im Unterschied zu einem klassischen, naiven, vulgären und mechanischen Materialismus. Dieser »mechanische Materialismus«, wie ihn später auch Robert Havemann (1964) bezeichnete, betrachtet die Gesellschaften wie ein Uhrwerk, das nicht immer fehlerfrei funktioniert, sodass Forschung daher lediglich in der Fehlerbehebung bestünde. Diese Auffassung kippt nahezu wieder ins Idealistische, da eine solche Vorstellung von einem Uhrwerk auch Voraussagen sowie nahezu a priori bestehende Gesetzmäßigkeiten und Strukturen festlegt und damit die menschliche und gesellschaftliche Handlungsmacht ausgeblendet wird. Diese »Mechanisierung« des Materialismus breitete sich jedoch auch auf den eigentlich als progressiver und weniger starr verstandenen »historischen und dialektischen Materialismus« aus. Denn hier wurden über parteiliche und wissenschaftliche Auseinandersetzungen über Wirtschaftskrisen, Klassenkonflikte und parlamentarische Beteiligungen hinweg nach und nach unumstößliche philosophische Positionen entwickelt. Diese sollten anschließend auf die Geschichte und Gesellschaft »angewendet« oder »ausgedehnt« werden, wo sie als »historischer Materialismus« bezeichnet wurden. Diese Betrachtung bildete lange Zeit einen zentralen Kern des Marxismus, insbesondere im Partei- und Staatsmarxismus vieler Schattierungen sowie in Teilen der Gewerkschaften.

Allerdings stellten nicht zuletzt die Revolutionen in Russland 1905 und 1917, die Novemberrevolution in Deutschland 1918, der Spanische Bürgerkrieg 1936, das Aufkommen und die Durchsetzung des Faschismus, die Gesellschaften in den Ostblockstaaten, die Entwicklungen in China 1949 und 1966–1976, die Antikolonialkriege oder die Bewegungen seit 1968 diese Mechanisierungstendenzen des Materialismus infrage. Diese historischen und gesellschaftlichen

Entwicklungen, die frühere Annahmen über allgemeine Gesetzmäßigkeiten von Gesellschaften teilweise umwarfen, drückten sich aus in den Arbeiten von Leo Trotzki, Rosa Luxemburg, Otto Bauer, Georg Lukács, Karl Korsch, Antonio Gramsci, E. P. Thompson, Louis Althusser, Robert Havemann, Nicos Poulantzas und später auch noch radikaler in den feministisch-materialistischen Arbeiten von Lise Vogel, Silvia Federici und Maria Mies u.a. (vgl. van der Linden/Roth 2011) und postkolonialen, antirassistischen und geschlechterbezogenen Forschungen (für einen Überblick siehe Skeggs u.a. 2022). Auch Bewegungs- und Streikforschungsstränge wurden nach und nach neu entwickelt und überarbeitet, weg von mechanischen Grundsätzen zu gesamtgesellschaftlichen Neubetrachtungen der Gründe für Proteste (Barker u.a. 2013; Engelhardt/Moore 2022). Hier zeigt sich, dass materialistisches Forschen nicht nur globalen Umbrüchen ausgesetzt ist, sondern auch genau von der Perspektive auf diese Umbrüche lebt und sich auch darüber weiterentwickelt.

Materialismus ohne Gewähr

Heute kann kritische Gesellschaftswissenschaft daher kaum noch auf feste Gewissheiten setzen. Einerseits bestimmt sie sich nicht mehr ausschließlich über den marxistischen historischen Materialismus, sondern hat sich über verschiedene Ansätze und Felder ausdifferenziert. Dies hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass Herrschaftsverhältnisse weder auf die sogenannte ökonomische Basis noch diese auf den Widerspruch von Kapital und Arbeit reduziert werden können und sie sich zudem auch auf Dimensionen wie das Politische, Ideologische, Kulturelle bzw. Diskursive erstrecken. Viele Aspekte von Herrschaft – etwa wenn es um Geschlechterverhältnisse, gesellschaftliche Naturverhältnisse, Rassismus und Antisemitismus, Subjektivitäten und Körper geht – gehen in ihrem Gegenstandsbereich über den historischen Materialismus deutlich hinaus. Andererseits ist der Materialismus, der für kritische Gesellschaftswissenschaft weiterhin bestimmender Bezugspunkt ist, zahlreichen Herausforderungen unterworfen. Hierzu zählt etwa der *material turn*, der als Gegenbewegung zum *linguistic turn* und dessen postuliertem Primat von Sprache, Bedeutungen und Diskursen über das Materielle und die Praxis eine Neuverhandlung von Materialität und Materialismus angestoßen hat. Im *New Materialism*, wie er etwa von Karen Barad, Rosi Braidotti, Katharina Hoppe oder Victoria Pitts-Taylor verstanden wird, gilt Materie nicht als fundierend, sondern als substanzlos, fluid und diffus. Materialität wird dort nicht als fundierende Struktur aus sozialen Positionen verstanden, die individuelle und kollektive Akteur*innen auf spezifische Weise anordnen und ein asymmetrisches Terrain ihrer sozialen Kämpfe bilden, das gesellschaftlichen Phänomenen zugrunde liegt, sondern vielmehr selbst als lebendig und handelnd. Auch innerhalb des Marxismus

haben sich Unsicherheiten sowie neuere Debatten niedergeschlagen, die mit der Erosion theoretischer und politischer Fundamente verbunden sind.

Sichtet man aktuellere Überblicksdarstellungen, wie etwa jene von Terry Eagleton (2018 [2016]) oder Martin Küpper (2021), so scheint Materialismus mehr ein Dickicht vergangener, veralteter dogmatischer Positionen und ein Feld verschiedener Fragestellungen zu bilden, das für kritische Gesellschaftsforschung kaum Fundamente anzubieten in der Lage ist. Auf das Altern des vormals modernen Materialismus scheint es keine angemessene Antwort zu geben. Paradigmatisch dafür steht, dass neuere Aktualisierungen des Marxismus (etwa Demirović u.a. 2015; Skeggs u.a. 2022) ohne einen Eintrag zu oder eine Bestimmung von Materialismus auskommen. Dies ist ein deutlicher Bruch mit Versuchen, den historischen Materialismus noch über spezifische gesellschaftstheoretische Theoreme, etwa im Anschluss an das Basis-Überbau-Modell (siehe etwa Wood 2010 [1995]), zu aktualisieren. Das Modell scheint für große Teile materialistischer Gesellschaftsforschung nicht mehr als verbindlich gesehen zu werden und tritt heute entweder nur mehr als moderner Klassiker oder in starker Relativierung auf. Die Aufgabe, den »Materialismus für das 21. Jahrhundert« (Wolf 2008) zu bestimmen, bleibt weiterhin bestehen. Ontologische Fragestellungen haben sich von Fragen über das Verhältnis von Sein und Bewusstsein in andere Richtungen ausgeweitet, etwa zu Fragen über den Dualismus zwischen Relationalität und Atomismus, wie sie etwa bei Colin Hay (2006) und Bertell Ollman (2015) aufgeworfen werden, oder auch in Richtung von Fragen über das Verhältnis von Struktur und Handlung (Bhaskar 1998 [1979]; Callinicos 1988; Jessop 2005; Brand u.a. 2022).

Möglicherweise müssen sich kritische Wissenschaftler*innen damit abfinden, dass keines der gegenwärtig in explizierter Form bestehenden bzw. diskutierten Verständnisse von Materialismus eine belastbare Grundlage oder vereinheitlichende Klammer materialistischen Forschens anbieten kann. Kritische, post- und antipositivistische, reflexive wissenschaftliche Praxis impliziert eher spezifische Materialismen, die sich durch unterschiedliche Bezüge auf Materialität, Gesellschaft und Forschungspraxis auszeichnen. Was Materialität ist, wird nicht durch die eine systematische philosophische Konzeption von Materialität bestimmt, sondern hängt mitunter vom Gegenstand ab und muss daher jeweils durch wissenschaftliche Analyse bestimmt werden. Gleiches gilt für Gesellschafts- und Politiktheorie sowie auch Methodologie und Methoden: Materialismen legen eine Pluralität an Theorien und Methoden an den Tag.

Als letztes Residuum könnte Materialismus dann über das jeweils Wirkmächtige, das den untersuchten Wirkungen zugrunde liegt, bestimmt werden. Dieses Wirkmächtige muss oft mühsam im Bruch mit anderen Vorstellungen – theoretischen Ideologien, dominanten

positivistischen Forschungsansätzen etc. – identifiziert werden, die sich dadurch auszeichnen, herrschaftsaffirmatives Wissen zu produzieren. Folgt man diesem Argument, könnte man Materialismus – durchaus im Anschluss an Marx und Engels – als Bruch mit dem Idealismus sehen, das heißt den herrschaftsaffirmativen theoretischen Ideologien innerhalb eines Untersuchungsfeldes. Das sind vor allem solche Theorien, die eine Benennung von Herrschaftsverhältnissen ausklammern oder behindern, etwa indem sie es verunmöglichen, Strukturen, Dynamiken und Wirkungen von Ausbeutung, Unterdrückung, Unterordnung in den Blick zu nehmen. Dieser Fokus auf die Materialität von Herrschaft kennzeichnet die Beiträge des vorliegenden Heftes.

Materialistische Forschung unter Druck

Für das Feld der Wissenschaft und der Wissensproduktion impliziert eine solche Perspektive, dass Wissenschaftler*innen den Kontext und die Produktionsbedingungen, das heißt die herrschaftliche Verfasstheit des eigenen Feldes, reflektieren müssen. Im Gegensatz zum vorherrschenden Wissenschaftsverständnis ist Wissenschaft dann kein linearer oder mit Brüchen verbundener Prozess des Erkenntnisgewinns, sondern Teil eines Feldes, das stark durch den Staat strukturiert wird und auf der Arbeitsteilung von geistiger und körperlicher Arbeit beruht. »Allgemeiner gesprochen formiert der Staat die geistige Arbeit über eine ganze Reihe von Netzen und Kanälen, die die Funktion der Kirche ersetzen; er unterwirft sich das Corps der *Intellektuellen und Gelehrten*« (Poulantzas 2002: 84f.; Hervorhebung im Original). Er schafft so zugleich ein eigenes Praxisfeld, das nicht unmittelbar den gesellschaftlichen Machtverhältnissen unterworfen ist. Mit der Veränderung des Verhältnisses zwischen Staat und Gesellschaft durch Krisentendenzen und sozialpolitische und ökonomische Konflikte verändern sich auch die Bedingungen der so entstandenen relativen Autonomie der öffentlich finanzierten Wissenschaft, auch wenn diese seit jeher auch in Ansätzen im Dienste von Privatunternehmen stand und den Interessen der herrschenden Klassen diente.

In den aktuell verstärkten Privatisierungsprozessen, die sich unter anderem in der Entstehung immer weiterer Thinktanks und »frei« finanzierter Institute äußern, drückt sich ein verändertes gesellschaftliches Kräfteverhältnis aus. Entscheidender ist jedoch möglicherweise die seit Langem stattfindende Kommodifizierung im Zuge des neoliberalen Umbaus der Hochschulen:

> »Das Modell ›Unternehmen Hochschule‹ koppelt [...] die Produktion von Wissenschaft und Studierendenausbildung direkt an Markterfolge und erlegt den Universitäten auch die Binnenstruktur eines marktorientierten Unternehmens auf. Darin hat professionelle Autonomie nur noch in dem Maße

> Platz, wie sie dem Geschäftsinteresse dient« (Zeuner 2007: 333).

Beide Prozesse untergraben die relative Autonomie der öffentlich finanzierten Wissenschaft. Wissenschaft wird zur Dienstleistung für Wirtschaft und Staat, was sich momentan auch im Zusammenhang mit der wachsenden Militarisierung am steigenden Einfluss der Rüstungsindustrie auf hochschulpolitische Entscheidungen zeigt. Die Autonomie wissenschaftlichen Arbeitens gerät nicht nur gesellschaftlich unter Druck. Neben dem neoliberalen Umbau der Hochschulen lassen die zunehmenden autoritären Entwicklungen, die sich im Staat verdichten, diese immer prekärer werden. Bei Erkenntnisgewinn geht es immer auch um die Frage, für wen und was Wissen generiert wird. Erkenntnisgewinn im herrschaftskritischen Sinne erfolgt oft trotz des oder gegen den bzw. am Rande des offiziellen Wissenschaftsbetriebes. Er erfolgt auch durch Menschen, die unterschiedlich in der globalen Arbeitsteilung positioniert sind und sehr unterschiedliche Perspektiven und zugleich Möglichkeiten haben, diese Perspektiven wissenschaftlich einfließen zu lassen und aufzubereiten.

Hinzu kommen die prekären, insbesondere befristeten Beschäftigungsverhältnisse an den Hochschulen, die sich im Zuge der Neoliberalisierung verschärfen. Insbesondere Kolleg*innen aus Milieus mit Familien, Reproduktionsaufgaben und weniger sozialem und finanziellem Kapital können sich über die langen Durststrecken von Antragserstellung bis Zusagen kaum lange in der Wissenschaft halten. Diese Tendenzen spitzen sich immer wieder auch in Protesten und Streiks zu. Mit der Veränderung von Gesellschaft und Staat verändern sich hier die Spielräume. Die Voraussetzungen für materialistisches Forschen hängen daher ebenso von den Konjunkturen gesellschaftlicher Auseinandersetzungen ab. Vor diesem Hintergrund haben wir uns um Beiträge bemüht, die den aktuellen Voraussetzungen, Möglichkeiten und Hindernissen für materialistisches Forschen nachgehen.

Der Fokus auf die Materialität von Herrschaft und die Produktionsbedingungen von kritisch-materialistischer Wissenschaft kennzeichnet die sechs Schwerpunktartikel sowie die zwei weiteren Einsprüche, die in Bezug auf das materialistische Forschen in Zeiten globaler Umbrüche eingehend konjunkturelle Verschiebungen und Positionalität im wissenschaftlichen Betrieb betonen. Die Beiträge durchzieht insgesamt die Suche nach der geeigneten Linse (Körper, Ambivalenz, Gewalt) und der Perspektive (von unten, subaltern). Zudem werden ganz konkrete Problemstellungen des materialistischen methodischen Forschens besprochen: Wie können wir als kritische Wissenschaftler*innen konkrete Prozesse sichtbar machen, die jedoch schwer greifbar sind, wie (verschwiegene) Gewalterfahrungen, Übergangsprozesse von Konflikten von der Bewegungsebene in Staatsstrukturen, wie lässt sich die Analyse von »Kontext« begründet und

sinnvoll aufbereiten oder wie gelingt es, Arbeitskämpfe im Entstehen selbst zu analysieren?

Lena Reichardt geht am Beispiel der Krankenhaus- und Pflegereform sowie der Streikbewegungen in dem Sektor der letzten Jahre zentral auf den Begriff der Ambivalenz als materialistische Forschungslinse ein. Sie setzt diese in den Zusammenhang mit den widersprüchlichen Arbeitsbedingungen einer zunehmend vermarktlichten Pflege, in der die Menschlichkeit und der soziale Aspekt der Pflege systematisch wegrationalisiert werden. Diese Entwicklung wird von den in Krankenhäusern arbeitenden Pflegekräften jedoch unterschiedlich gewertet. Dabei folgt Reichardt aus dem theoretischen Setting der Theorie der sozialen Reproduktion einerseits möglichen Widerständigkeiten im Krankenhausbereich, wie Arbeitsniederlegungen. Zugleich nimmt Reichardt, ähnlich wie von Mohan und Klur eingefordert, eine dezidiert akteurszentrierte Position der Beschäftigten jenseits der Organisationslogiken der Gewerkschaften ein und eruiert auch Gesellschaft gestaltende Potenziale in der Ambivalenz. Denn die Ambivalenzerfahrungen der interviewten Pfleger*innen können mögliche Gründe für bereits erfolgte oder kommende Bewegungen sein.

Auch *Anne Engelhardt* widmet sich der körperlichen Gesundheit, jedoch als Grenzbestimmung und -überschreitung der Ausbeutung der arbeitenden Körper im zunehmend militarisierten und neoimperialistischen Kapitalismus. Die Auseinandersetzungen um Arbeitszeit werden aus einer historisch-materialistischen Perspektive des arbeitenden Körpers als zentrale Konfliktachse zwischen der Natur des Körpers und dem Kapitalismus verstanden. Dabei zeigt Engelhardt auf, inwiefern in Deutschland seit der Einführung der Hartz-IV-Gesetze Erschöpfung, Burn-out und Zeitdruck bei der Arbeit signifikant zugenommen haben, während Zeit für soziale Reproduktion, wie Pausenzeiten, Schlaf und Zeit mit Angehörigen, umkämpft ist und zum Teil im Verhältnis abnimmt – mit entsprechenden gesundheitlichen und körperlichen Folgen. Auf theoretisch-analytischer Ebene geht sie vom Körper auf die makrostrukturelle Ebene der politischen Ökonomie zurück und konstatiert eine Verschiebung von neoliberalen zu neoimperialistischen Körperidealen. Diese zeichnen sich durch die Vertiefung der rassifizierten, vergeschlechtlichten und ableistischen Arbeitsteilung im Zuge der Aufrüstung sowie durch die weiterhin individualisierte körperliche Leistungsfähigkeit aus. Diese soll die Verfügbarkeit des Körpers für die Verausgabung von Arbeitskraft am Arbeitsplatz flexibilisieren, der perspektivisch auch in der Rüstungsindustrie oder im Militär liegen könnte.

Luis Sanz Jardón betrachtet wiederum sehr konkret die Ebene des Staates. Er untersucht das Verhältnis zwischen politischen Akteuren und gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen in politischen Auseinandersetzungen. Im Zentrum steht die Frage, wie subalterne

Interessen im Übergang von sozialen Kämpfen in staatliche Politik artikuliert, transformiert und desartikuliert werden. Dabei richtet er den Blick insbesondere auf die gesellschaftlichen Vermittlungsprozesse, durch die subalterne Interessen in politische Forderungen und Handlungsstrategien übersetzt werden. Ausgehend von seinen Forschungen zu den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um die Folgen der Austeritätspolitik im Spanien der 2010er-Jahre verdeutlicht Sanz Jardón diese Zusammenhänge am Beispiel der Kämpfe gegen Zwangsräumungen. Er argumentiert, dass eine Analyse der hegemonialen und gegenhegemonialen Strategien der beteiligten Akteure diese stets in Relation zu den bestehenden Klassenverhältnissen betrachten muss. Werden diese sozialstrukturellen Kräfteverhältnisse nicht berücksichtigt, bestehe die Gefahr, die Vermittlung der subalternen Interessen im Staat zu übersehen. Um das zu vermeiden, schlägt er eine Stärkung der Kontextanalyse im Rahmen der historisch-materialistischen Politikanalyse (HMPA) sowie eine stärkere Berücksichtigung der gesellschaftlichen Klassenstruktur vor.

Lukas Hüppauffs Artikel widmet sich genau dieser methodisch unterbestimmten Problematik innerhalb der HMPA: der Kontextanalyse. In der umfangreichen Sichtung einschlägiger Publikationen werden dabei drei wiederkehrende Problemstellungen identifiziert: erstens ein oft impliziter theoretischer Bezugspunkt, zweitens eine selten begründete Periodisierung und drittens eine kaum ausgewiesene Übersetzung von Theorie in empirische Beschreibung. Diesen begegnet Hüppauff mit dem Vorschlag, sich auf Leitprinzipien der qualitativen Sozialforschung zu beziehen: erstens die Gegenstandsangemessenheit, zweitens intersubjektive Nachvollziehbarkeit, drittens Konzeptübersetzung und viertens Periodisierung. Er liefert, flankiert von einem Anwendungsfall, somit einen fundierten Vorschlag, um nicht nur eine »unausgesprochene Leerstelle« innerhalb der HMPA in einen begründungspflichtigen, dokumentierten Übersetzungsprozess zu überführen, sondern auch, um den »materialistischen Methodenkoffer« insgesamt kritisch und produktiv weiterzuentwickeln.

Laura Volgger nimmt für ihre Untersuchung zum Ausgangspunkt, dass die Gewaltbearbeitung und damit auch die Produktion von Wissen um (sexualisierte) Gewalt meist jenen zugeschoben werden, die Gewalt erfahren haben und denen diese Erfahrungen angesichts der Normalisierung von Gewalt oft abgesprochen werden. Materialistisch-intersektionales Forschen hingegen nimmt die Gewaltwissensproduktion als ungleiches Arbeitsverhältnis und die eigenen Verstrickungen darin ernst und fokussiert auf die gesellschaftlichen Strukturen, die Gewalt ermöglichen, entnennen und verschweigen. Gewaltforschung kann so dazu beitragen, dass die Gewaltwissensproduktion aus privatisierten Formen des Verschweigens herausgeholt sowie kollektiv und verantwortlich bearbeitet wird. Empirisch

stützt sich die Autorin auf narrative Interviews mit Menschen, die sexualisierte Gewalt im sozialen Nahraum in Südtirol erfahren haben.

Robin Mohan und *Konstantin Klur* plädieren in ihrem Beitrag für einen Perspektivwechsel in der Streikforschung. Während bestehende Ansätze Streiks vor allem als strategisches Mittel zur Durchsetzung von Interessen und zum Aufbau gewerkschaftlicher Gegenmacht betrachten, richten sie den Blick auf deren bislang wenig beachtete »Unterseite«. Im Anschluss an Oskar Negt und Cornelius Castoriadis entwickeln die Autoren eine praxistheoretische Perspektive, die Streiks vor allem auch als Prozesse der Selbst- und Weltveränderung begreift. Anhand empirischer Beispiele aus unterschiedlichen Arbeitskämpfen verdeutlichen sie, wie sich in Streikpraktiken kollektive Lernprozesse, neue solidarische Beziehungsweisen und Erfahrungen der Selbstermächtigung herausbilden können. Damit rücken sie emanzipatorische Potenziale von Streiks in den Fokus, die über die unmittelbare Durchsetzung tarifpolitischer Forderungen hinausweisen.

In den beiden Einsprüchen richtet sich die Perspektive auf die institutionellen Bedingungen und aktuellen politischen Einschränkungen für kritische Gesellschaftsforschung. *Stephan Lessenich* nimmt die Entwicklung der neoliberalen Hochschule in den Blick. Anknüpfend an Bodo Zeuners vor knapp zwanzig Jahren in der PROKLA veröffentlichte Abschiedsvorlesung untersucht er, wie sich Ökonomisierung und Wettbewerbsorientierung der Universität seitdem entwickelt haben. Dabei argumentiert er, dass sich das Leitbild der unternehmerischen Hochschule zwar keineswegs widerspruchsfrei durchgesetzt hat, die Hochschulangehörigen jedoch selbst zur Reproduktion der vielfach durch sie selbst kritisierten Verhältnisse beitragen. Angesichts des Erstarkens der extremen Rechten und der zunehmenden Angriffe auf kritische Wissenschaft verschärft sich diese Problemlage zusätzlich. Lessenich plädiert daher dafür, über individuelle Widerstandsstrategien und vereinzelte solidarische Praktiken hinauszugehen und dauerhafte institutionelle Strukturen sowie hochschulübergreifende Bündnisse zur Verteidigung emanzipatorischer Wissenschaft aufzubauen.

Auch der Einspruch von *Marion Detjen* und *Kai Koddenbrock* befasst sich mit den wachsenden Spannungen und den Einschränkungen der Wissenschaftsfreiheit, jedoch nicht aus der ökonomischen, selbstverwalterischen, sondern aus der politischen Perspektive, die weit über das Feld der Universität hinausweist. Ausgehend von dem Begriff des »autoritären Anti-Antisemitismus« zeichnen sie eine Entgrenzung des Antisemitismusvorwurfs auf unterschiedlichen Ebenen des deutschen Wissenschaftssystems nach. Beginnend mit eigenen Lehrerfahrungen mit internationalen Studierenden, in denen sich zunehmend Misstrauen und eine Schließung offener und produktiver Diskursräume abzeichneten, diskutieren sie das Wechselspiel zwischen den »Schattengesetz-

gebungen« im Bundestag in Form von Resolutionen, realen Gesetzesplänen und der Ausdehnung von unklaren, wenig abgegrenzten Vorwürfen des Antisemitismus, die neben der Angst und Unsicherheit, die sie insbesondere unter internationalen Studierenden und Wissenschaftler*innen verbreitet, auch konkrete Folgen von Veranstaltungsabsagen bis hin zu Kündigungen hat. Dabei wird die Komplizenschaft der deutschen Regierung und vieler ihrer Institutionen bei der Durchsetzung und gleichzeitigen Unsichtbarmachung des genozidalen Krieges in Gaza und des ausgeweiteten Krieges in Westasien manifestiert, Forschende werden diszipliniert und im schlimmsten Falle erfolgen, gekoppelt an Austeritätsplanungen, die Schließung von Forschungseinrichtungen, das Verhindern von Diskussionen und Beenden von Wissenschaftsbiografien. Das hat nicht zuletzt einschränkende und destruktive Auswirkungen auf die Potenziale und die Zukunft des materialistischen Forschens in Zeiten globaler Umbrüche.

Wir hoffen, dass dieses Heft einerseits ganz konkrete Handlungsoptionen eröffnet, wie sich in diesen Zeiten materialistisch forschen lässt, zugleich aber dazu anregt, sich verstärkt dafür einzusetzen, konstruktive und demokratische Diskurs- und Forschungsräume zu verteidigen und auszuweiten.

***

Jenseits des Schwerpunkts untersucht *Lina Pitz* in ihrem Einspruch zur Kampagne »Wir fahren zusammen« von ver.di und Fridays for Future Veränderungen im Bewusstsein von Beschäftigten und Klimaaktivist*innen. Basierend auf Interviews erkennt sie vorsichtige Anzeichen dafür, dass die Kampagne dazu beigetragen hat, den sozialen Sinnbezug bzw. den Produzent*innenstolz der im ÖPNV Beschäftigten auf ökologische Fragen auszudehnen. Voraussetzung dafür waren die vertrauensbildende Unterstützung des Kampfes für bessere Arbeitsbedingungen durch die Klimaaktivist*innen und die Ansprache der Beschäftigten als Akteur*innen, die durch ihre tägliche Arbeit aktiven Klimaschutz betreiben.

Michael Schwind und *Lisa Vollmer* untersuchen die jüngsten Mobilisierungen gegen die »Initiative Deutsche Wohnen & Co. enteignen« (DWE). Nachdem 2021 der von der DWE initiierte Volksentscheid in Berlin zur Vergesellschaftung von Wohnraum erfolgreich gewesen war, folgte erst einmal nur die Einsetzung einer Expert*innenkommission 2022. Erstaunlicherweise waren die Kapitalseite und politischen Kräfte in den Jahren nach dem Volksentscheid lange Zeit relativ zurückhaltend. Erst jüngst, mit dem sich abzeichnenden und dann eingetretenen Erfolg der Linkspartei bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus 2026, formierte sich eine gemeinsame Mobilisierung aus privatwirtschaftlichen und politischen Kräften, die die Vergesellschaftung verhindern will. Diese Gegenmobilisierung setzt sich (Stand Oktober 2026) im Vorfeld der Koalitionsverhandlungen von der Linken, den Grünen und der SPD mit anhaltender Intensität fort. Schwind

und Vollmer analysieren in dem Artikel daher, welche Akteure sich wie diskursiv gegen die Vergesellschaftung stellen, um – im Sinne eines von den Autor*innen so benannten Eigentumsprojekts – die private Eigentumsordnung zu bewahren.

***

Die Redaktion bedankt sich ganz herzlich bei den Gastredakteuren Ulrich Brand, John Kannankulam, Armin Puller und Jens Wissel, die das Heft maßgeblich mit konzipiert und umgesetzt haben. Ihre engagierte Mitarbeit und wertvollen Expertisen haben das Heft erst ermöglicht.

Literatur

Barker, Colin u.a. (2013): Marxism and Social Movements. Leiden. DOI: https://doi.org/10.1163/9789004251434.

Bhaskar, Roy (1998 [1979]): The Possibility of Naturalism. A Philosophical Critique of the Contemporary Human Sciences. London.

Brand, Ulrich u.a. (2022): Contours of historical-materialist policy analysis. In: Critical Policy Studies 16(3): 279-296. DOI: https://doi.org/10.1080/19460171.2021.1947864.

Callinicos, Alex (1988): Making History. Agency, Structure, and Change in Social Theory. Ithaca.

Demirović, Alex / Klauke, Sebastian / Schneider, Etienne (Hg.) (2015): Was ist der »Stand des Marxismus«? Soziale und epistemologische Bedingungen der kritischen Theorie heute. Münster.

Eagleton, Terry (2018 [2016]): Materialismus. Die Welt erfassen und verändern. Wien.

Engelhardt, Anne / Moore, Madelaine (2022): From Mechanisms to Dynamics: How to Embed Social Movement Studies Within Historical Materialism. In: Piva, Adrián / Santella, Agustín (Hg.): Marxism, Social Movements and Collective Action. Cham: 75-104. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-031-12474-7_4.

Havemann, Robert (1964): Dialektik ohne Dogma? Reinbek.

Hay, Colin (2006): Political Ontology. In: Goodin, Robert E. / Tilly, Charles (Hg.): The Oxford handbook of contextual political analysis. Oxford: 78-96. DOI: https://doi.org/10.1093/oxfordhb/9780199270439.003.0004.

Jessop, Bob (2005): Critical Realism and the Strategic-Relational Approach. In: New Formations 56: 40-53.

Küpper, Martin (2021): Materialismus. 2. Auflage. Köln.

Linden, Marcel van der / Roth, Karl Heinz (Hg.) (2011): Über Marx hinaus: Arbeitsgeschichte und Arbeitsbegriff in der Konfrontation mit den globalen Arbeitsverhältnissen des 21. Jahrhunderts. Berlin.

MEW – Marx, Karl / Engels, Friedrich: Marx-Engels-Werke. Berlin 1956ff.

Ollman, Bertell (2015): Marxism and the philosophy of internal relations; or, How to replace the mysterious ›paradox‹ with ›contradictions‹ that can be studied and resolved. In: Capital & Class 39(1): 7-23. DOI: https://doi.org/10.1177/0309816814564128.

Poulantzas, Nicos (2002): Staatstheorie. Hamburg.

Skeggs, Beverley u.a. (Hg.) (2022): The SAGE Handbook of Marxism. 3 Bände. London. DOI: https://doi.org/10.4135/9781529714371.

Wolf, Frieder Otto (2008): Ein Materialismus für das 21. Jahrhundert. In: Demirović, Alex (Hg.): Kritik und Materialität. Münster: 41-59.

Wood, Ellen Meiksins (2010 [1995]): Demokratie contra Kapitalismus. Beiträge zur Erneuerung des historischen Materialismus. Köln.

Zeuner, Bodo (2007): Die Freie Universität Berlin vor dem Börsengang? Bemerkungen zur Ökonomisierung der Wissenschaft. Abschiedsvorlesung, gehalten am 11. Juli 2007 im Otto Suhr Institut. In: PROKLA 148 37(3): 325-350. DOI: https://doi.org/10.32387/prokla.v37i148.505.

Du willst **Verleger*in werden?**

Der Verlag der **PROKLA** sucht eine neue Kolleg*in (d/w/m).



Mehr unter: **bertz-fischer.de/verstaerkung-gesucht/**

BERTZ + FISCHER

bertz-fischer.de | mail@bertz-fischer.de

Der PROKLA Förderverein

Die PROKLA erscheint seit 1971 und bietet politisch engagierte sozialwissenschaftliche und ökonomische Analysen. Allein von den Verkaufserlösen kann sich die PROKLA nicht finanzieren, und in die Abhängigkeit von Parteien oder großen Verlagen wollte sie sich nie begeben. Deshalb wird die PROKLA von einem Förderverein herausgegeben, der »Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V.«, die jährlich in ihrer Vollversammlung die Redaktion der Zeitschrift wählt und die nächsten Themenschwerpunkte diskutiert.

Kritische Sozialwissenschaft kann nicht dem Markt überlassen werden. Ohne solidarische Strukturen und finanzielle Unterstützung sind Zeitschriften wie die PROKLA kaum möglich. Die finanziellen Beiträge der Vereinsmitglieder ermöglichen das Erscheinen der PROKLA, sie schaffen die Voraussetzungen für Kontinuität und Planbarkeit, wie sie für die Redaktionsarbeit unabdingbar sind. Wir freuen uns über weitere Mitglieder, regelmäßige Spenden oder einmalige Zuwendungen. Weitere Informationen teilen wir gerne per E-Mail mit (redaktion@prokla.de).

Vereinigung zur Kritik der Politischen Ökonomie e.V.
Berliner Sparkasse | IBAN: DE25 1005 0000 0191 6398 85 | BIC: BELADEBEXXX

PROKLA ABO

PROKLA abonnieren und verschenken!

Wer die PROKLA für sich oder als Geschenk abonnieren möchte, findet ein Abo-Formular auf der Website des Verlages: www.bertz-fischer.de/prokla-abo

Als Abo-Prämie können Sie sich einen der untenstehenden Titel aus unserem Verlagsprogramm aussuchen. Wenn Sie per SEPA-Lastschrift zahlen, sogar zwei!



Georg Seeßlen
Elon Musk: Der dunkle Visionär
Geld, Frauen, Pop und Tech-Faschismus



Sebastian Schädler
Kontrollver*lust
Männer – Sex – Gewalt



Decio Machado • Raúl Zibechi
Die Macht ergreifen, um die Welt zu ändern? Eine Bilanz der lateinamerikanischen Linksregierungen. Übersetzung / Nachwort: Raul Zelik



Nina Scholz
Die wunden Punkte von Google, Amazon, Deutsche Wohnen & Co. Was tun gegen die Macht der Konzerne?



Robin Hahnel • Erik Olin Wright
Alternativen zum Kapitalismus
Vorschläge für eine demokratische Ökonomie